

Vorschriften, die der Wirtschaft schädlich sind und den Kanton Bern weiter ins finanzielle Abseits driften lässt. Folge: Grossfirmen wandern ab, zu den 80'000 Privatpersonen, die im Kanton Bern arbeiten und aus steuerlichen Gründen ausserhalb des Kantons Bern wohnen, kommen noch mehr dazu. Die Steuererträge sinken, und es bleibt weniger Geld für Umweltschutz! Nur eine Steuersenkung für den privaten Mittelstand, KMUs und Grossfirmen und eine Reduktion der Sozial- und anderen Staatsausgaben bringen den Kanton Bern vorwärts. Alles andere ist Beilage ... Ein anderer Grund kommt noch dazu: Hinter den Tausenden Bundesbeamten in Bern stehen keine Firmen, die Steuern zahlen, auch das treibt die Steueransätze in die Höhe.

Samy Gugger, Heimenschwand

Nr. 171574, online seit: 13. Februar – 11.27 Uhr

info@alaska-wildkäs.ch

Man kann fast nur verlieren, wenn man sich kritisch äussert

Zum Nein zum Energiegesetz vom vergangenen Abstimmungssonntag

Mitte-Rechts Politiker überlegen sich derzeit sehr gut, ob sie sich kritisch zu energiepolitischen Massnahmen äussern dürfen, selbst wenn sie diese für völlig unsinnig und unwirksam halten. Man will sich die Wählergunst ja nicht unnötig verscherzen. Da fühlte ich mich in letzter Zeit von einigen bürgerlichen Kollegen schon etwas alleine gelassen. Der Sonntag sollte den Betroffenen aber Zuversicht und Mut geben, sich zu sol-

chen Fragen offen zu äussern. Zumindest die Hälfte der Berner Bevölkerung lässt sich von der derzeitigen Klimahysterie nämlich nicht anstecken und sieht die Dinge doch etwas realistischer. Und dies trotz dem allgemeinen Hype um Klimaschutz, der durch die meisten Medien sehr wohlwollend unterstützt wird. Nichts scheint für Politiker derzeit leichter, als auf der Klimawelle zu schwimmen. Da kann man fast nur verlieren, wenn man sich getraut, sich kritisch zu äussern. Das Berner Nein hat dies hoffentlich etwas relativiert und vermag die Schockstarre bei diversen ansonsten bürgerlichen Politikern zu lösen.

Barbara Josi, Grossrätin SVP, Wimmis

Nr. 171573, online seit: 12. Februar – 16.34 Uhr

barbara.josi@wimmis.ch

IMPRESSUM

Herausgeberin: Gossweiler Media AG, Scheibenstrasse 6, 3600 Thun, Telefon 033 826 01 01

verlag@jungfrauzeitung.ch, www.jungfrauzeitung.ch.

Chefredaktor: Yves Brechbühler (yb)

Redaktion: Nora Devenish (ndb), Rabea Grand (rag), Urs Häfliger (hae), Zora Herren (zhe), Beat Kohler (bk), Lia Näpfli (lin), Sarah Neuhaus (san), Annina Reusser (are), Nils Sager (nsa), Yannick Mühlemann (yam)

Newsdesk: Dennis Rhiel (drh) (Leiter), Urs Häfliger (hae), Isabelle Thommen (ith)

Leitung kommerzielle Publizistik: Patrick Schmed (pas)

Verlag: Caroline Santschi (Leiterin), Cécile Kernen

Verkauf: Jeannette Quinzi (Leiterin), Nadine Inäbnit

Produktion: Bettina Ogi (Leiterin), Ueli von Allmen, Patrick Liechti, Sarah Neuhaus, Ursula Gossweiler

Korrektur: Beatrice Gossweiler, Flurina Brodwolf

Entwicklung: Oliver Brodwolf (Leiter), Tanja Büschi (Art Director), Patrick Liechti

Verleger: Urs Gossweiler

Mediadaten: Jungfrau Zeitung Online: 158'826 Nutzer

pro Monat. Jungfrau Zeitung Print: 6'319 Exemplare

Anzeiger Berner Oberland: 110'861 Exemplare

Erscheinungsweise: Jungfrau Zeitung Online: permanent

Jungfrau Zeitung Print: Dienstag und Freitag

Abonnement: 1 Jahr Fr. 195.-, 1/2 Jahr Fr. 115.- (inkl. MwSt)

Kontakt für Jungfrau Zeitung, Der Oberhasler, Der Brienzler: abo@jungfrauzeitung.ch oder

Telefon 033 557 77 99. Kontakt für Echo von Grindelwald: info@sutterdruck.ch oder Telefon 033 853 10 33

Echo von Grindelwald: in Zusammenarbeit mit Der Oberhasler, Der Brienzler und Jungfrau Zeitung.

Herausgeberin: Echo von Grindelwald AG, Spillstattstrasse 33, 3818 Grindelwald, www.echovongrindelwald.ch

Verleger: André Zbinden

Administration: Stefan Frutiger

LESERKOMMENTARE

Schlechte Verlierer

Zum Nein zum Energiegesetz vom vergangenen Abstimmungssonntag

Letzten Sonntag wurde das übertriebene, revidierte Energie-Gesetz abgelehnt. Eine Mehrheit der Stimmbürger hat Vernunft gezeigt und ist bereit, das bisherige, bereits strenge Gesetz einzuhalten und den Vorschriften Folge zu leisten. Aber bereits am Sonntagabend und Montag schreien die Grünen nach neuen Massnahmen für noch mehr Umweltschutz.